

intenfinguren
-80 Pf.
atus
g und 1 Mt.
in allen Sorten
nditorei bei
ieten, Bachel.
ährend
Rindfleisch,
Pfd. 45 Pf.
h. Lorenz,
raße 14.

en
erhalten, empfiehlt
val, Rheinstraße.
ühlen
en Preisen und
Staubmühlen.
Freise, Neuf.

uchend.
der Kunde die
fragen, welcher
mittel zu erlangen
nen? Diese oder
sonst durch ihre
und wo in der
de das — An-
die Entschün-
sein Geld nicht
mit, dem rüch-
dter's Verlags-
die Prognose
kommen zu la-
dem Schwitzen
sten Gelände
schonem be-
der Kranke in
und das Heile
um kann. Die
50. Auflage er-
wird gratis
entfassen also
ten, als 5 Pf.

er
Fabrik
Anfertigung
den Sorten
alte und ge-
en, Ban-
erische Aus-
ie.
Dienst.

nte!
athischen Gei-
n Neuf und
die eingewur-
orden. Unter
n Halsleiden
Sierauswurf,
schmerzhaft.
Küche u. z.
e bereit, auf
geben und
bei mir zu

in Mörs.
Abend und
mitbringen.

HER
AN
ERICH 4/4
samkeit
a In- u.
kohlent.
en 1 M.
son' altig
s bei W.

verlässiger
Angabe
ermittelt
durch die
1. Etage,
bezichen.
r. 12.

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuf in's Haus gebracht und aus-
geholt an der Post, abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Jos. Eiß.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuf: F. W. Schmitz.
Expedition: Neuf, Markt.

Inserate für die nachstehende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder
deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Fruchtpreise zu Neuf am 5. December.

Getreide	1. Qual.	24 80	Hafer alter	17 20
neuer	2. "	22 80	neuer	1. Qual. 15 50
				2. Qual. 14 50
Landroggen	1. Qual.	21 60	Rübsen (Avel)	26 50
(neuer)	2. "	20 60	Waps	28 —
Winter-Weizen	1. Qual.	—	Kartoffeln	5 —
Stroh	2. "	—	Heu	12 —
			Stroghen per Schock	50 —
			a 600 Kilo.	61 —

Preis unverändert.

Rübsen per 100 Kilo in Partien	von 100 Ctr.	61 —
Rübsen per 100 Kilo faßweise		63 —
Geröstetes Del per 100 Kilo	3 —	M. höher als Rübsen.
Preiskuchen per 1000 Kilo		150 —
Weizen-Vorstoß 00 per 400 Kilo		6 —
Stroh per 10 Kilo		6 —
Rübsen und Kuchen	unverändert.	

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Dec.

Der Reichstag setzte in seiner heutigen (7.) Plenarsitzung die zweite Beratung des Etats beim Etat des Reichsamt des Innern (Einnahmen 1125391 Mt., Ausgaben 3472994 Mt.) fort. — Bei dem Titel Staatssekretair 36 000 Mt. erhob Abg. Dr. Windthorst Beschwerde über das gleichzeitige Tagen des Reichstags und anderer Landtage oder sonstiger Körperlichkeiten, wie Provinziallandtage, wodurch dem Reichstage die werthvollsten Kräfte entzogen würden. Das sei mit der Rücksicht, die dem Reichstage geziemend, absolut nicht vereinbar und früher möglichst zu vermeiden gesucht worden. — Staatssekretair v. Bötticher erwiderte, der bayerische Landtag müsse nach der Verfassung zu dieser Zeit zusammentreten und die Provinziallandtage hätten jetzt notwendig zu tagen, weil sie Gesetze beraten müssen, die dem nächsten preussischen Landtage vorgelegt werden sollten. Die einzige Abhilfe liege in der möglichsten Beschränkung der Sitzungen. Auch der Reichstagspräsident empfand die Uebelstände und werde das Seine thun zu ihrer Abstellung, doch sei es zweifelhaft, ob es ihm gelingen werde. — Abg. Schenk v. Stauffenberg meinte, erst wenn die Zeit der Reichstagsitzungen dauernd bestimmt sei, könne man von Wahlen verlangen, daß sie keine Verfassungsbestimmung beträfe der Einberufung des Landtages andere. — Abg. Dr. Windthorst bleibt bei seiner Ansicht, daß die Provinziallandtage, der Landesauschuss für Elsaß-Lothringen und auch der bayerische Landtag eher hätten zusammentreten können; letzterer hätte sich dann ja vertragen lassen. — Nachdem Staatssekretair v. Bötticher nochmals die Nothwendigkeit des gegenwärtigen Tagens der Provinziallandtage betont und erklärt hat, daß die Reichsregierung auf Elsaß-Lothringen einen so großen Einfluß nicht besitze, verlangt Abg. Dr. Reichensperger (Dlp.) thatsächliche Garantien dafür, daß das Zusammentreten ausbleibe, nöthigenfalls möge es durch Reichsgesetz verboten werden. — Eine längere Debatte entspinnt sich bei dem Titel, welcher zu Diäten und Reisekosten für den Deutschen Volkswirtschaftsrath 85 000 Mt. fordert. — Abg. v. Benda lehnt Namens der Nationalliberalen diese Forderung ab, nicht aus politischen Beweggründen, etwa Furcht vor einem Gegenparlament, sondern weil durch die Institution ein gewisser Klassengeist eingeführt werde und weil eine Reihe von Selbstverwaltungsinstitutionen beständen, die vollständig dem Bedürfnis genügen. — Reichstagspräsident Bismarck begründet die Forderung mit der Nothwendigkeit einer sachlichen und sachmännlichen Vorbereitung der Gesetzesvorlagen, welche in den vielfach mit Geschäften überladenen Ministerien, (von denen eine Reihe von Selbstverwaltungsinstanzen beständen, die vollständig dem Bedürfnis genügen). — Reichstagspräsident Bismarck begründet die Forderung mit der Nothwendigkeit einer sachlichen und sachmännlichen Vorbereitung der Gesetzesvorlagen, welche in den vielfach mit Geschäften überladenen Ministerien, (von denen eine Reihe von Selbstverwaltungsinstanzen beständen, die vollständig dem Bedürfnis genügen). — Reichstagspräsident Bismarck begründet die Forderung mit der Nothwendigkeit einer sachlichen und sachmännlichen Vorbereitung der Gesetzesvorlagen, welche in den vielfach mit Geschäften überladenen Ministerien, (von denen eine Reihe von Selbstverwaltungsinstanzen beständen, die vollständig dem Bedürfnis genügen).

len Aufgaben erforderten große Sachkenntnis, die bei Männern des praktischen Lebens besser zu finden sei, als bei den wissenschaftlichen Gelehrten, die bei uns die Vorkämpfer im Reichstag seien. (Beifall rechts. Zischen links.) — Abg. Leuschner-Giesleben (Reichspartei) tritt dem Reichstagspräsidenten bei, verweist auf eine dem Volkswirtschaftsrath ähnliche Institution in Frankreich, hält die Kosten für unbedeutend und kann für den Reichstag in der Institution keine Gefahr sehen. Wenigstens möge man sie auf ein Jahr bewilligen. — Abg. Dr. Bamberger (Sec.) befragt, daß eine Forderung, die noch vor wenigen Monaten von einer erheblichen Majorität aus guten Gründen abgelehnt worden sei, sofort wieder eingebracht werde. Er argwöhne, es solle dem Reichstage eine kleine Konkurrenz geschaffen werden. Die Institution, deren Kosten wenig ins Gewicht fielen, werde geringen Werth haben, da sie leicht so zusammengekauft und geändert werden könne, daß sie nach Wunsch der jeweiligen Regierung stünne. Der Reichstag genüge vollkommen; für einzelne Fälle seien Enqueten besser. Mit von den Regierungen geschaffenen Institutionen der Art habe man keine guten Erfahrungen gemacht. Auf eine dieser Tage vom Reichstagspräsident erzählte Anekdote zurückkommend, bemerkte Redner, der sogenannte Herr Meyer habe den Herrn Reichstagspräsident sehr gut beraten, denn dieser sei wohlhabend gewesen. (Heiterkeit.) Wenn er (Redner), als er noch auf gutem Fuße mit dem Reichstagspräsident gestanden, denselben einmal um etwas befragt habe, habe er ihn an seinen Berater Delbrück verwiesen. Er habe aber nicht, wie Reichstagspräsident Meyer, Herrn Delbrück als Berater behalten. Der Volkswirtschaftsrath werde nicht ein Herr Meyer, der seine eigene Ansicht habe, sondern ein Herr Meyer mit Regierungssicht sein. (Heiterkeit.) Früher habe der Reichstagspräsident über den Mangel an Männern des praktischen Lebens im Reichstage geklagt, richte er den Volkswirtschaftsrath ein, so mache er jenem noch mehr dieser thätigen Elemente streitig. (Beifall links.) Reichstagspräsident Bismarck meinte, der Vorredner, den er übrigens mit der neulichen Bemerkung nicht habe lächerlich machen wollen, habe die ganze Sachlage verkehrt; die Regierung verlange keinen Richter über sich oder den Reichstag, sondern nur ein Hilfsorgan. Wäre die Vorlage nicht wieder eingebracht worden, so würde man gesagt haben, das Bedürfnis bestehe nicht. Je weniger informiert die Regierung sei, um so lieber sei es freilich dem Reichstage (lebhafter Widerspruch links), welcher nicht misgönne und er hätte dessen Herrschaft für sicher gehalten, als daß er sich so sehr vor dem Volkswirtschaftsrath fürchten müsse. Dieser solle nicht zwischen Bundesrath und Reichstag, sondern hinter ersterem stehen. Es sei eine Geringschätzung der Regierungen, wenn alle 25 in dem Bedürfnis nach Information einig seien, zu sagen: Nein, für uns ist die Regierung ungenug. (Heiterkeit.) Eine Enquetekommission arbeite zu schwerfällig. Die Regierung habe das beste Urtheil über die Nothwendigkeit der Vorlage; es sei nicht recht, ihr den Proclor höher zu hängen. Auf die Bildung im praktischen Leben komme es vor Allem an, und die Herren möchten doch nicht glauben, daß durch die Wahl ihrer Mitglieder ein gewisses mythisches Wesen der Intelligenz über sie komme. (Heiterkeit.) Delbrück habe ihn verlassen, nicht er Delbrück; als G. und habe er wiederholt Gesundheitsrücksichten angegeben und er (Redner) könne nicht denken, daß er ihm nicht die volle Wahrheit gesagt habe. Wie er über dessen Befähigung gedacht, folge daraus, daß er, obwohl überzeugt, daß man auf unrichtigem Wege gehe, doch einer Autorität wie Delbrück nicht entgegengetreten sei. Wenn er gesagt, er verkenne von diesen Dingen nichts, so könne er damit doch nur gemeint haben, daß er im Vergleich zu Delbrück nur geringe Sachkenntnis hätte. Auf die von dem Vorredner getadelte Verantwortung des Reichstagspräsidenten über die Sachlage erklärte Redner, wenn er sich solche Widersprüche der Redner unter einander und der Schlussfolgerungen unter einander gefallen lasse, so müsse die Handelskammer und die ganze Welt glauben, daß ein Handelsminister, der solche Berichte einreichen lasse und nichts dagegen thue, sie gar nicht gelesen habe. Er verlange in amtlichen Stellen Wahrheit. Uebrigens werde jedenfalls noch im preussischen Landtage die Sache zur Sprache kommen. Nachdem sodann noch Abg. Dr. Frege (cons.) den Volkswirtschaftsrath als nützlich und nothwendig, aber politisch unbedeutend lebhaft empfohlen, wird die Diskussion geschlossen. Abg. Frohmel (Soj.-Dem.) konstatirt, daß er, obgleich zur Arbeiterpartei gehörig, nicht zum Wort gekommen, und bezeichnete das Vorgehen des Reichstages, politische und wirtschaftliche Fragen zu verquiden, als ein unerhörtes, wird aber für den letzteren Ausdruck zur Ordnung gerufen. Abg. Dr. Windthorst tröstet ihn damit, daß auch er, obgleich er zur größten Partei des Hauses gehöre und habe reden wollen, nicht zum Wort gekommen sei. (Große Heiterkeit.) Abg. Stolle (Soj.-Dem.) bezweifelt, daß der Reichstagspräsident nach der Reihe der Anmeldungen verfahren; er wisse bestimmt, daß noch Viele zum Wort gekommen seien, die sich nach ihm gemeldet hätten. Redner wird vom Reichstagspräsident zur Ordnung gerufen. Abg. Richter (Hagen) erklärte, daß, wenn seine Partei gewußt hätte, daß Abg. Windthorst gegen den Reichstagspräsident hätte reden wollen, sie gegen den Schluss gestimmt haben würde. (Große Heiterkeit.) Abg. Dr. Windthorst bezeichnet es als eine tückische Motivierung, danach zu stimmen, ob für oder gegen den Reichstagspräsident gesprochen werden sollte. Freilich sei es ein Motiv für diejenigen, die es als ihre Hauptbeschäftigung ansehen, gegen den Reichstagspräsident zu reden. (Heiterkeit.) — In der nun folgenden namentlichen Abstimmung wird die Position mit 169 gegen 83 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen Deutsch-Conservative, Reichspartei und

der kleinere Theil des Centrums, dagegen die gesamte Linke und die Polen; ein Mitglied (Diez-Pomßen) enthält sich der Abstimmung. — Die weitere Beratung bietet kein besonderes Interesse mehr und bei Kapitel 7 b „Reichskommissariate“ verläßt das Haus die Fortsetzung der Beratung auf morgen 12 Uhr. Der Präsident macht noch Mittheilung von dem Ableben des Abg. v. Heinemann (nat.-lib. braunschweigischer Wahlkreis). Das Haus ehrt das Andenken desselben durch Erheben von den Sitzen. — Abg. Jhr. v. Schorlemer-Alst, der bekanntlich doppelt gewählt ist, hat sein Mandat für den 1. Ränkerischen Wahlkreis niedergelegt. — Schluß der heutigen Sitzung 4 Uhr. — In der gestrigen Sitzung der Budgetcommission wurde die Beratung des Militäretats fortgesetzt. Für Neubauten an Kasernen, Traindepots, Lazarethen u. s. sind in den Etat eingestellt an ersten Raten 3159 000 M., welche einem Gesamtbetrage von 14 Millionen Baukapital entsprechen. Ueber die Verlesung der Traindepots für die Gardecorps in Berlin, wofür 795 000 M. an ersten Raten und gegen 5 Millionen Gesamtbaukosten veranschlagt sind, wird die Beratung ausgesetzt, bis Mitglieder der Commission sich persönlich von dem jetzigen Zustande der Traindepots überzeugt hätten. Von den vorgeschlagenen Neubauten wurde die Position für den Neubau eines Eskadronstalles in Uckerleben zurückgezogen, der Kasernenbau in Rudolstadt und in Stendal abgestrichen. Nächste Sitzung Sonnabend.

Berlin, 2. Dec.
Der Reichstag setzte in seiner heutigen (8.) Plenarsitzung die 2. Beratung des Etats beim Etat des Reichsamt des Innern fort. Bei dem Titel Reichskommissar für Ueberwachung des Auswanderungswesens 9600 M. lenkte Abg. Dr. Lingen die Aufmerksamkeit auf die außerordentliche Zunahme der Auswanderung in diesem Jahre und fragte an, ob eine Gesetzbildung über das Auswanderungswesen dem Reichstage zugehen werde. Durch die Auswanderung gehe dem Reiche eine ungeheure Summe an Kraft, Kapital und Intelligenz verloren, um in überseeischen Ländern vielfach der früheren Heimath Konkurrenz zu bereiten. Redner schilderte sodann die segensreiche Wirksamkeit der Vertrauensmänner des Raphaelvereins in den Hafenstädten, denen nur in Antwerpen große Schwierigkeiten bereitet würden; die Regierung möge den deutschen Consul in Antwerpen unterstützen, mit aller Kraft dem dortigen Vertrauensmann zur Seite zu stehen. Frage man nach den Gründen der Auswanderung, so sei an erster Stelle die Unzufriedenheit mit unsern deutschen Verhältnissen zu nennen, die der Culturkampf geschaffen. Zum Beweise dessen verlas Redner verschiedene Briefe, in denen ausdrücklich der Culturkampf mit seinen itaunigen Folgen als Veranlassung zum Verlassen des Vaterlandes von Ausgewanderten selbst bezeichnet wird. Angesichts solcher Thatfachen sei es unabweislich, warum die Bundesregierungen sich nicht schon eher um Aufhebung des Culturkampfes bemüht hätten, und wie es Abg. ordnete geben könne, die noch eine andere Sache für wichtiger halten könnten als die, einen Kampf zu beenden, der soviel Deutsche mit ihrem Kapital und ihrer Arbeitskraft dem Vaterlande entziehe. — Staatssekretair v. Bötticher sagte die Vorlage eines Gesetzes über das Auswanderungswesen für die Frühjahrssession zu, machte aber darauf aufmerksam, daß nicht allein bei uns, sondern auch in anderen Ländern die Auswanderung erheblich zugenommen habe. Die wohlwollende Fürsorge des Raphaelvereins für die Auswanderer sei zwar recht lobenswerth, doch könne aus dieser Beziehung leicht zu viel gefehlt werden und diese große Sorgfalt viele zum Auswandern verführen. In dem zu erwartenden Gesetz müsse die Sache so geregelt werden, daß der Staat, der nur ein Interesse daran habe, seine Landleute zusammenzubalten, nicht, daß sie in die weite Welt gingen, diese Fürsorge lediglich der Privatwohlthätigkeit überlasse. — Abg. Meier (Bremen) sah als Grund für die Auswanderung die gänzligen wirtschaftlichen Verhältnisse Nord-Amerikas an. Die Ausgewanderten zögen Verwandte und Bekannte nach, bezahlten sogar oft das Ueberfahrtsgehd. Culturkampf oder auch die hohen Bölle veranlaßten nur Einzelne auszuwandern. Wenn in Amerika eine Krisis ausbräche und unsere heimischen Verhältnisse sich besserten, werde die Auswanderung wieder aufhören. Dem Raphaelverein sollte Redner alle Hochachtung. — Abg. Rapp (Sec.) meinte, man könne über die Gründe der Auswanderung acht Tage reden. Schon Seneca habe darüber geschrieben. (Heiterkeit.) Schon bald nach dem dreißigjährigen Kriege habe die Auswanderung begonnen, als in Deutschland hunderte von Raubfürken herrschten und die Jesuiten sich einnisteten. (Gelächter im Centrum.) Man hindere die Auswanderung am besten, wenn man es dem Deutschen in seiner Heimath heimlich mache. In Amerika fänden die Leute Alles, was sie hier vermissten: Ausgezeichnetes Schulsystem, gutes Einkommen u. s. w. (Abg. Dr. Windthorst: Und keinen Culturkampf.) Bis jetzt noch nicht. (Heiterkeit.) — Abg. Marcar (conserv.) konstatierte, daß aus einzelnen Gegenden Westfalens Leute ausgewandert seien, lediglich aus Culturkampfgründen. — Abg. Schwarze stimmte den Herren Rapp und Meier bei und schob die Schuld an der Auswanderung auf die hohen Bölle und auf die Vertheuerung der Lebensmittel in Deutschland, während der Abg. Frohme (Soj.-Dem.) das Socialistengesetz und dessen rigorose Ausführung dafür verantwortlich machte. — Abg. Leuschner-Giesleben wollte die Bölle als Ursache der Auswanderung nicht gelten lassen, weil ja in Nord-Amerika noch höhere Bölle beständen. — Abg. Dr. Lingen bat die Regierung, sich genau über die Thätigkeit des Raphaelvereins zu informieren, dann werde sie zu der Ueberzeugung kommen, daß solche eine durchaus selbstlose und huma-

nitaire sei. — Abg. Dr. Hirsch (Fortf.) fand als Gründe für die Auswanderung noch den drückenden Militärdienst, die Schwierigkeit, Grundeigentum zu erwerben, und vor Allem den Tabakzoll. — Letzteres wollte Abg. Leuschner nicht anerkennen, während Abg. Frhr. v. Minnigerode die Auswanderung nur als scheinbar groß betrachtete, da in den letzten Jahren Wenige ausgewandert seien und Viele, die eventl. schon früher ausgewandert wären, dies erst jetzt thäten. — Nicht die Tabaksteuer, sondern die Beunruhigung der Tabakindustrie treibe Viele fort; Eins bewirke die Auswanderung nicht, aber Alles zusammen, meinte Abg. Richter (Hagen), und zuletzt reise auch dem Geduldigen die Geduld. (Heiterkeit.) Abg. Frhr. v. Minnigerode replicierte. Auch dem geduldigen Zuhörer reise die Geduld, wenn er dieselben Reden und dieselben Gründe immer wieder hört. (Heiterkeit.) — Abg. Richter rief dem Frn. v. Minnigerode zu, der Vortrager werde das Gefagte jetzt wohl schon bedauern, antwortete dieser, das werde er thun, wenn Fr. v. Minnigerode seine Aeußerung bedauere. — Der Titel wurde bewilligt. — Bei dem Titel Reichsschulkommision verlangte Abg. Schott (Volkspartei) Erleichterung der Bedingungen, an welche jetzt die Erlangung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst geknüpft ist, während Abg. Dr. Reichensperger (Greife) zugleich Abhilfe gegen die notorische Ueberbürdung der Schüler und besonders der Schülerinn wünschte. — Staatssekretär von Bütticher antwortete, Letzteres sei nicht Reichssache, und eine Erleichterung der Bedingungen für die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst habe in den letzten Jahren nicht stattgefunden, die Bedingungen seien nur 1878 von den Regierungen übereinstimmend festgestellt worden.

Beim Kapitel Statistisches Amt verlangten die Abg. Schüler, Dr. Perrot (beide conj.) und Frhr. v. Dm (Nichtspartei) eine Statistik über das Aktienwesen, welches sehr der Reform bedürfe, und über den Stand des Nationalvermögens, insbesondere über Anlage desselben bei ausländischen Werthpapieren, vor allem aber über die Verschuldung des Grundbesitzes; namentlich der kleine Bauernstand sei in einer ählichen Lage und könne man ohne statistische Unterlage keine wirksamen Mittel zur Abhilfe ergreifen. Abg. Dr. Hirsch vermehrte ferner eine Statistik über unsere intellectuelle und sittliche Cultur und die soziale Fürsorge, Armenwesen u. i. w. Staatssekretär v. Bütticher sagte eine Statistik über das in auswärtigen Werthen angelegte deutsche Kapital zu, sah indess eine große Schwierigkeit darin, daß auch viele in nichtdeutschen Händen befindliche Papiere bei uns zur Abstempelung gelangten. Die Wünsche des Abg. Dr. Hirsch sollten berücksichtigt werden, wenigstens immer die Hauptthätigkeit des statistischen Amtes auf solche Gegenstände gerichtet sein werde, welche mit der Reichsregierung direct in Verbindung ständen. Abg. Dr. Windthorst wünschte, daß die Entwidlung der Statistik über die ausländischen Werthpapiere sich in den Grenzen halte, daß der Vorwurf, man wolle sich dadurch neugierig in Privatverhältnisse drängen, nicht erhoben werden könne. Nachdem noch Abg. Kochann (Landsberg) eine bessere Ernte-statistik befürwortet und Bundesratskommissar Weymann eine solche in Aussicht gestellt hatte, wurde der Tit. bewilligt. Bei dem Tit. Reichsgesundheitsamt erklärte Bundesratskommissar Müller Kähler auf Anfrage des Abg. Buhl, daß ein Gesetz über das Verbot der Weinfabrikation in Angriff genommen sei, aber noch vielen Schwierigkeiten unterliege, da nicht allein die Interessen des Winzers, sondern auch die des Publikums, die sanitäre Seite, zu beachten sei. Abg. Dr. Reichensperger (Greife) verlangte, daß die Wein-„Verbesserer“ angeben, daß der Wein „verbessert“ sei, sowie daß die Publikationen des Gesundheitsamts mehr für das Publikum zugänglich gemacht würden und nicht so wissenschaftlich gehalten seien. Sodann lenkt er die Aufmerksamkeit auf das Bauwesen, namentlich auf die ungeunden Arbeiterwohnungen und Miethshäusern, auf die Desinfection und die Bekämpfung großer epidemischer Krankheiten. Der Director des Reichsgesundheitsamts Dr. Strud erwiderte, daß die Arbeiten des Reichsgesundheitsamts die Grundlage späterer populärer Veröffentlichungen sein sollen. Auch nach den übrigen vom Vortrager angeordneten Richtungen erstreckte sich die Thätigkeit des genannten Amtes, so viel ihm möglich sei. — Auf weitere Anfragen wurde vom Bundesratssekretär erklärt, daß eine Verordnung betreffs der giftigen Farben bei Spielzeugen, Kleiderstoffen u. i. w. baldmöglichst erfolgen werde, eine Petroleumverordnung noch großen Schwierigkeiten beuge, und man sich wegen Veröffentlichung der Lazarethberichte aus dem Jahre 1866 und 1870 an eine andere Behörde wenden möge. Abg. Birchow griff das Reichsgesundheitsamt ziemlich scharf an; die Einrichtung sei nicht praktisch, ebenso wenig seine Thätigkeit. Von seinen Arbeiten habe man bis jetzt keine gesehen, sondern nur von seinen einzelnen Hilfsarbeitern. Die auswärtigen Arbeiter würden nicht herangezogen. Der Director des Reichsgesundheitsamts Dr. Strud suchte das Reichsgesundheitsamt zu verteidigen, erhielt aber vom Abg. Dr. Kaster noch den Vorwurf, daß Dr. Strud die Schulträge daran, daß die Ausführungsbestimmungen zum Nahrungs-mittelgesetz noch nicht erlassen seien. Die Entschuldigung, das Reichsgesundheitsamt sei nur eine beratende Behörde und habe keinen Einfluß auf die Gesetzgebung, könne nicht maßgebend sein. Staatssekretär v. Bütticher nahm Herrn Strud in Schutz und bemerkte, die belagerten Werthe Verzögerung der Ausführungsbestimmungen liege nur in der Uneinigkeit der technischen Gutachten, welche der Bundesrath möglichst zahlreich einfordern müsse. — Der Titel wurde bewilligt. Nach Erledigung des Reichsamts des Innern verlagte sich das Haus zur Fortsetzung der Beratung auf morgen 12 Uhr. — Vor Eintritt in die heutige Tages-Ordnung theilte der Präsident mit, daß der Abg. Frohme (Soz.-Dem.) seine gestrige Aeußerung, die ihm einen Ordnungswitz zuzug, nicht gegen seine (des Präsidenten) Amtsführung noch gegen den jetzigen Reichstag, sondern gegen den früheren Reichstag zu richten habe, dieses gestern bereits so aufgefaßt, müsse aber den Ordnungsruf aufrecht erhalten, weil er es für seine Pflicht ansehe, auch den früheren Reichstag zu schützen. — Schluß der heutigen Sitzung 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

OPC. Berlin, 2. Dec. Endlich einmal nach vier langen Tagen der Staatsberatung, wobei Niemand an den Stat. denkt, eine Staatsbedatte, wie sie sein muß: mannigfaltig, wechselvoll, ruhig, langweilig. Heute bemühten sich die Volksvertreter den Grund ausfindig zu machen, warum denn um's Himmels willen die Leute so massenweise dem deutschen Vaterlande den Rücken kehren. Dr. Ringens sagt: Der Culturkampf ist Schuld. — Keineswegs, entgegnete Meier (Bremen), sondern die gänstigen Verhältnisse jenseits des Oceans loden die Leute hinüber. — Aber, m. H., ruft man jetzt von der freihändlerischen Vinten, sehen Sie denn nicht, daß die hohen Zölle, welche die Lebensmittel vertheuern, die Leute vertreiben! — Gott bewahre, in Amerika haben sie ja noch höhere Zölle, replicirt man von rechts. — Die Militärlast ist's und der Tabakzoll, entscheidet Herr Max Hirsch. — Ja, wenn das Socialistengesetz nicht wäre, behaupten die Socialdemokraten. — Alles dies zusammen schien Herrn Richter dagegen den Uebelstand zu verschulden, wogegen Herr v. Minnigerode gar mit der Entdeckung kam, daß die Auswanderung gar nicht so besonders groß sei. — Da hätte man sich also Stunden lang umsonst abgequält. — Die beiden letztgenannten, die namentlich seit der so über verlaufenen ersten Staatsberatung nichts weniger ausfindig bringen können als einander, gerietzen schließlich in eine so lebenswichtige Auseinandersetzung über die Frage: wie es zu halten sei, wenn Jemandem eine gemeinliche Rede nicht behage, daß an einem Einsprechen des Präsidenten nicht viel mehr fehle. Die wenigen Gründe für die Auswanderung der Leser als maßgebend anerkennen will, können wir ihm füglich überlassen, wollen aber doch bemerken, daß Abg. Dr. Ringens der Einzige war, der seine Behauptungen zu beweisen vermochte durch die Aussagen von Auswanderern selbst. — Einjährig-freiwilligen-Examen, Ueberbürdung der Schulkinder, Spielwaren mit giftigen Farben, Statistik über Verschuldung des Grundbesitzes, Anlage des Nationalvermögens in fremden Werthpapieren, Armenstatistik und Socialstatistik, Aktienstatistik und Bildungsstatistik, Petroleumbehandlungsordnung, Weinverfälschung, Lazarethberichte — sollen wir noch fortfahren? — Dies Alles und noch Vieles mehr kam zur Sprache, oft zu einer sehr langen Sprache, das Haus aber schenkte diesen schönen Sachen wenig Aufmerksamkeit, die wenigen erschienenen Abgeordneten hielten es stets nur kurze Zeit auf ihrem Platz aus und schienen es draußen entschieden unterhalten zu haben. Die interessanteste Mittheilung war noch die vom Abg. Sonnemann am Schluß der Sitzung gemachte. Dieser menschenfreundliche Abgeordnete hat nämlich den Präsidenten für etwas mehr Licht auf der Journalistentribüne gütlich sorgen zu wollen. Und siehe da, diese Anregung führte alsbald nach Schluß des Präsidenten, zwei Schriftführer nebst dem Bureau-director des Reichstags auf die Journalistentribüne, um die allfälligen Tages-schlichter eigenhändig und persönlich in Augenschein zu nehmen. Hoffentlich wird dieser Art von Kirjen jetzt bald das Lebenslicht ausgeblasen werden.

Die Fraktion der Fortschrittspartei hat sich constituirt und zum Vorstände gewählt die Abg. Kähler, Schüler, Dr. Hirsch, Windthorst, Gänel und Richter (Hagen); Schriftführer sind die Abg. Weinbauer und Gleichen.

Mit dem engeren Zusammengehen zwischen Fortschritt und Seceffionisten scheint es jetzt wirklich Ernst werden zu wollen. Die Fortschrittspartei hat nämlich den Beschluß gefaßt, von jetzt an bei allen Vorlagen, Anträgen u. i. w. zuvor mit den Seceffionisten zu verhandeln und womöglich in Uebereinstimmung mit denselben vorzugehen. Zu diesem Zwecke soll ein für allemal eine Commission von drei fortschrittlichen Abgeordneten gewählt werden, die sich von Fall zu Fall mit den Delegirten, welche die Seceffionisten ihrerseits zu diesem Zweck ernennen werden, in Einvernehmen setzen soll. So hofft man der großen liberalen Partei immer näher zu kommen. Interessant ist, daß die Initiative zu dieser Annäherung stets von der Fortschrittspartei ausgehen scheint, wodurch die Seceffionisten immer mehr zu dieser hinübergezogen und so die Worte des Reichstagslers bestätigt werden, daß der Zug nach links immer weiter geht und der Consequenter stets den Haupteinfluß hat. Um nun auch einmal etwas Positives zu leisten, will der Fortschritt auf Erweiterung und Vervollkommen des Haftpflichtgesetzes hinarbeiten und den in der vorigen Session bei Beratung des Unfallversicherungsgesetzes eingebrachten Antrag wieder erneuern. Außerdem ist der Abg. Birchow beauftragt worden, eine Reihe anderer Anträge auszuarbeiten, die sich auf die Sicherung der Lage der Arbeiter beziehen. Man verspricht sich für die gesamte Arbeiterwelt von diesen Vorarbeiten die segensreichsten Wirkungen. Wir fürchten aber, daß es die alten mancherlei Hindernisse sein werden, wodurch man den nothwendigen Klassen helfen will: „Bildung“, Selbsthilfe, Fachschulen, Sparen u. dgl. Daß das Haftpflichtgesetz überhaupt darauf nicht verbessert werden kann, daß es allen Anforderungen gerecht wird, erkennt Jeder an, der nicht an dem Standpunkt des Uebels und Uebelthätens festhält. Die Aenderung des Haftpflichtgesetzes soll sogleich in Angriff genommen werden. Zu diesem Zwecke sollen, wie wir hören, heute Abend die Fortschrittspartei, die Seceffionisten und auch die Nationalliberalen zu einer gemeinsamen Beratung im Reichstagsgebäude zusammentreten.

Berlin, 1. Dec. Die seceffionistische „Tribüne“ meint, alle unbefangenen Zuhörer würden die Beobachtung gemacht haben, daß die Berathung den Reden Bismarck's nicht mehr mit derselben Spannung folge wie ehemals. Den Grund für diese Erscheinung meint sie einfach darin zu finden, daß aus seinen Reden nicht mehr ebensoviel zu lernen sei wie ehemals. „Es ist seiner Rede ein gewisses subjectives Element beigemischt, das beflummend wirkt. Immer wieder kommt er darauf zurück, er folge der Stimme seines Gewissens; er halte sich für verpflichtet, die Vorlagen einzubringen, die er ausarbeiten läßt, und sein Vohn dafür würden ihm nur persönliche Angriffe zu Theil. Dem Reichstagsler scheint es vollständig zu entgehen, daß auch seinen Reden häufig ein hohes Maß von Schärfe gegen Andersmeinende innewohnt, und er scheint es nicht für glaublich zu halten, daß auch diejenigen, welche ihm entgegengetreten, der Stimme ihres Gewissens gehorchen. Bei solcher Disposition ist eine Verständigung unmöglich.“ Als ob es jemals anders gewesen wäre. War das subjective Element in den Bismarck'schen Culturlampreden nicht stets überwiegend? Auch damals spielte die Stimme des Gewissens, sogar des „evangelischen Bewußtseins“ eine Rolle, und von dem Glauben, daß auch die Opposition nur dieser Stimme

folge, war gerade so viel wahrzunehmen, wie heute. Damals jubelten die Herren und fanden gerade in der hohen Subjectivität des Kanzlers das wirksamste Moment seiner Reden; der „Percy“ war erst recht schön in seinem Borne und Grimm. Nun, dieser Grundton der Bismarck'schen Eloquenz ist trotz der neuen Triller, die hindurch gaulen, der alte und der Liberalismus sollte sich begnügen, seine Kritik über diese Reden auf die Seine'schen Berie zu beschränken.

„Sie gefallen mir vielleicht, Wenn ich andere Ohren hätte.“ — Anlässlich der gestrigen Erklärungen des Reichstagslers im Reichstage erschwärte sich die „Königliche Zeitung“ zu folgenden wüthen Hehezeiten: „Fürst Bismarck hat offenbar die neue Wahlparole ausgegeben; sie lautet für die Conservativen und protestantischen Orthodoxen: „Gegen die Civilhe, die dem Reichstagsler von den liberalen Ministern gegen seinen Willen abgenötigt worden ist.“ — Sie lautet für die Ultramontanen: „Für den Papst — denn Bismarck will nach Canossa gehen und die Malgeleise aufheben, sobald er dafür eine Mehrheit hat, und wir ihm auf andern Gebieten Gegenleistungen leisten.“ Für den römischen Katholiken ist aber Alles, auch die eigene Ueberzeugung, dem Glauben und dem Wohl der Kirche untergeordnet. Aus diesem Gesichtspunkt kann das Centrum vor seinen Wählern nicht verantwortlich. Lange wird die conservativ-ultramontane Bergewaltung unter dem mächtigen Schutze des Kanzlers nicht vorhalten: die wahrhaft evangelischen Christen werden sich insgesammt zur Fahne der Liberalen stellen und dem Traum von der unantastlichen Mehrheit der Papstbalden und der protestantischen Cleriker ein Ende machen. Zugewinnen werden die Liberalen ein heiliges und unermüdlich thätig sein müssen, alzu großes Unheil zu verhüten. Der jetzige Herenabath eines gemäßigten Pfaffenregiments kann im hohenphern-Staate nicht lange mehr dauern.“

Die „Magdeb. Zig.“ tonnet also: „Die Situation hat sich vollkommen geändert: Der Reichstag weiß jetzt heute aus dem Munde des Fürsten Bismarck, daß die Regierung entschlossen ist, mit dem Centrum zu gehen. Der Kanzler erklärte ausdrücklich, die ultramontane Partei hätte ihm 1879 kein Zollrecht Dienste geleistet und deshalb schloß er sich jetzt den Herren Windthorst und Brandenstein und Genossen an. Der Bruch mit den Liberalen ist ein vollständiger; Fürst Bismarck glaubt, die römisch-katholische Partei diene den Staatsinteressen besser als der Fortschritt, und unter Fortschritt versteht er Alles, was liberal heißt. Dem Bündniß des Kanzlers mit den Clericalen tritt die altconservative Partei befeuert bei, und so unabhängig war Kaiser-Nikola's Freude über die Eklärungen des Fürsten Bismarck, daß er sich sogleich ansetzte, die Herren Dr. Birchow und Dr. Gänel anzunehmen, wie man gewisse Thiere an die Leier nagelt.“ Das brachte ihm sofort einen Ordnungsruf des Präsidenten ein und er darf darauf rechnen, daß Volk wird bei den nächsten Wahlen ihn und alle zur Ordnung rufen, die mit dem Centrum gemeinsame Sache machen. Seit heute wissen auch die protestantischen Orthodoxen, daß der Kanzler nur gezwungen dem Civilhe Geiz zustimmte: Die Falk, Leonhardt, Camphausen, Achenbach, Friedenthal und Kamelt würden andernfalls sämtlich ihren Abschied geordert haben. Aus dieser Erklärung werden die römisch-katholischen wie die protestantischen Orthodoxen den Schluß ziehen, daß der Kanzler ganz auf ihrer Seite stehe. Die Seceffionisten füllen sich Eins mit Rom. Was wird man drausen dazu sagen? Wir erinnern an die Leopold-Rank'sche Frage in seiner Geschichte der „Fürsten und Völker Süd-Europas.“ „Was war und ist mächtiger in Deutschland, als der religiöse Gedanke? Nie und nimmer wird der protestantische Geist den Druck Roms ertragen, und unwillig wird er von sich abzuhüllen wissen, was heute im deutschen Reichstage geplant worden ist. Das Bündniß des Reichstagslers mit den Conservativen und Ultramontanen kann den Liberalen unbedenklich werden, aber das Bündniß ist durch und durch unnatürlich, allen Uebereinstimmungen des deutschen Reiches widersprechend, und hat keine Dauer. Dessen gewiß zu sein, beauf ist seiner Prophezeiung.“

Aus der jetzt vorliegenden vorliegenden Ueberricht über die Ein- und Ausfuhr der wichtigsten Waarenartikel für die Zeit vom 1. Januar bis Ende October 1881 resp. 1880 ist zu sehen, daß bei den vor Allem in Betracht kommenden Haupt-Industriezweigen, für welche mit geringen Ausnahmen seit längerer Zeit bereits eine stetige Abnahme der Ein- und Zunahme der Ausfuhr zu constatiren war, eine solche auch fortwauert. Das bisher in der Ausfuhr noch gegen das in dieser Beziehung eines etwas ungünstige Vorjahr zurückgebliebene Notheil hat sogar nicht nur den anfänglich sehr bedeutenden Ausfall zu decken, sondern nunmehr die Ausfuhr des Vorjahres um 10000 Lo. zu überholen vermocht, und in gleicher erfreulicher Weise treten daneben die bislang immer noch im Rückstande gebliebenen Erzeugnisse unterer Seitenindustrie mit ein in die Reihe derjenigen Artikel, deren diesjährige Ausfuhr die vorjährige übersteigt. Auch für Leder- und für Holzwaren ist eine für erfreu ziemlich beträchtliche, für letztere noch etwas geringe Zunahme in der Ausfuhr zu notiren. Die Getreidearten zeigen fast sämtlich und in erster Reihe der Roggen eine theilweise sehr beträchtliche Abnahme in der Einfuhr; ebenso Mehl, das die Wirkung des neuen Zolles immer mehr erkennen läßt.

Nach der „Post“ sind auf Grund des Socialistengesetzes ausgewiesen: aus Berlin 164, aus Hamburg, Altona und Umgebung 215, aus Leipzig und Umgebung 69 Personen. Davon haben die Erlaubniß zur Rückkehr erhalten: nach Berlin 19, nach Hamburg 23, nach Leipzig 1 Person. Von den aus Berlin ausgewiesenen Personen sind außerdem 2 verstorben.

Frankreich.

Paris, 1. Dec. Der französische Botschafter in Berlin St. Ballier, hat sich über die Gründe seines Abtritts vor einem Gemüthsmann der „Kön. Zig.“ ausgesprochen. Darnach geht St. Ballier nur mit schwerem Herzen, er weicht nur der stärkeren Macht der Ereignisse, weil er sich nicht in seinen eigenen Augen verabschieden mag. St. Ballier bezeichnet die Politik des Cabinets Dufaure-Waddington, unter dem er nach Berlin kam, als die seinige, mit Freigiebigkeit konnte er die besten Beziehungen unterhalten und auch unter Ferry-St. Hilaire ging's noch, wenn gleich so Manches, z. B. die Annexion, erfolgte, womit er sich nicht befreunden konnte.

Dann fuhr der Botschafter fort: „Aber unter diesen Ministerien gab es, wenn sie auch viel weiter nach links gingen als ich, für einen gemäßigten Republikaner, wie ich es bin, doch noch

eine Möglichkeit, dem man sich ja, ich gesthe, belita gelunnet mit gFreigeizet, Botschafter haben würdUm schouu der Befeltigziehung vonnung, ist den schroffUeberzeugungkannt habe. und ich würhaben, antrsie ist in bin gewählbeseftigen unich müßte aRegierung cvertreten sol es kein Zugaboden, vonmußte, habe meine Enlo

Paris, General ChUeberreichungPetersburg in der Arme

— Die bracht: Art. Willens in BegräbnisseGulius beeschlusse aegerJocer Nichtgraben. Dten oder CBornmund dmuß von Nnicht Zeit o seinen WillBerein für freidenkerlichFrauen in Begräbnisathetischen

Nom, großen BeVorrom beborn. Bl1868 den dem 28. Er war auch Nom, nach kurzer bißliche undGelligen. nonijationKairo zuiuf und den dder neuen meglung e

Die dber KitzBierantoniLang und dder Ministungen zuGefch beschgengewoGarantiege mögens abetrog des Welten. Der itiministerr müssen ihre Vermögensgeorganlien reorganarbe Kirchdaß dieser Piarzger Einziehungbudget erhö

NeuschZabreszeit wenn der Herr NoBierensplanwir Gelegen des FräbliNeuschAbend begelitet se tagel der Mond geb die Sonne 57,9 Min in den Gr links gefeh sich bilden Uhr sich in ungetr

eine Möglichkeit, einen gemeinsamen Boden zu finden, auf dem man sich zu gemeinsamer Arbeit die Hand reichen konnte; ja, ich gestehe Ihnen ganz offen, daß ich, wenn es Herrn Gambetta gelungen wäre, seine ursprüngliche Combination, ein Cabinet mit gemäßigten Elementen, wie mit Leon Say und Freycinet, zu bilden, selbst unter Gambetta nach wie vor als Vorkämpfer in Berlin dem Vaterlande nützlich zu sein versucht haben würde. Angesichts des Geschehenen aber, des gänzlichen Umschwunges in den Fundamentalfäden der Regierung, der Beseitigung aller gemäßigten Staatsmänner und der Heranziehung von Politikern der ausgesprochenen radicalen Richtung, ist mir dies vollkommen unmöglich. Ich kann nicht in den schroffsten Gegensatz zu den tiefsten politischen und religiösen Ueberzeugungen treten, die ich mein ganzes Leben hindurch erkannt habe. Ich bin nicht nur Vorkämpfer, ich bin auch Senator, und ich würde dem Mandate, das mir meine Wähler anvertraut haben, untreu werden, wenn ich mit einer solchen Regierung, wie sie jetzt in Frankreich eingetreten ist, gemeinsame Sache machte. Ich bin gewählt worden, um eine conservative Republik zu begründen und die Gefahren des Radicalismus zu bekämpfen; ich müßte also im Senate auf's Entschiedenste gegen die jetzige Regierung auftreten, gegen dieselbe, die ich hier als Vorkämpfer vertreten soll. Da ist keine Vereinbarung mehr möglich, da gibt es kein Zugeständniß, da steht ganz und gar jener gemeinsame Boden, von dem ich eben sprach; und da ich das sofort einsehen mußte, habe ich nicht gekümmert, meine Pflicht zu thun: ich habe meine Entlassung eingebracht.

Paris, 2. Dec. Gambetta stellte heute Vormittag dem General Chanzy seine Abberufung vor. Chanzy geht nach Petersburg und übernimmt demnach ein wichtiges Kommando in der Armee.

Der Deputirte Brosse hat folgenden Antrag eingebracht: Art. 1. Jeder Großbürger, der ohne Aussprechung seines Willens in Verfall des civilen oder religiösen Charakters seines Begräbnißes tritt, wird civiliter ohne Ausrufung irgend eines Gultus beerdigt. Der Mann darf in seinem Falle seinem Beschlusse gegen den Willen der Frau Geltung verschaffen. Art. 2. Jeder Nichtmajoranne wird laut dem Willen seines Vaters beerdigt. Dasselbe Recht steht der Witwe, oder Wiederverheiratheten oder Getrennten zu. Für ganz elterliche Waisen über der Vormund das Recht aus. Also jeder, auch der eifrige Katholik, muß von Rechts wegen ohne Priester eingekerkert werden, falls er nicht Zeit oder Gelegenheit gehabt hat, auf einem Stück Papier seinen Willen zu äußern! Bekanntlich hat sich hier ein besonderer Verein für Gräbergräbniß gebildet, und dieses Gesetz soll nun freidenklichen Männern eine Waffe gegen ihre religiös gesinnten Frauen in die Hand geben, welche für ihre Kinder ein kirchliches Begräbniß wünschen. Das Ganze ist ein weiterer Schritt zur atheistischen Tyrannei.

Italien.

Rom, 1. Dec. Das hl. Collegium hat heute wieder einen großen Meistert erlassen. Gestern starb der Cardinal Cusani, ein großer Meistert. Er war am 3. August 1822 in Mailand geboren. Pius IX. verlieh ihm im Consistorium vom 13. März 1868 den Purpur mit der Titularkirche von St. Proculus. Seit dem 28. März 1878 war er Erzbischof der St. Peterkirche. Er war auch Cardinal-Protector des St. Vincentvereins.

Rom, 2. Dec. Im heutigen Consistorium befragte der Papst nach kurzer Allocution die anwesenden Cardinale, Patriarchen, Erzbischöfe und Bischöfe über das Leben der zu canonisierenden vier Heiligen. Dieselben stimmten einstimmig der Vornehme der Canonisation zu. — Einer Meldung der „Agenzia Estensi“ aus Kairo zufolge ernannte Italien den Vice-Consul Bino in Suez und den Gouverneur des Küstendistricts Misapaha zu Mitgliedern der neuen Commission zur Feststellung der Ursachen der Niedermessung der Expedition Guillelmo.

Die Fortschrittregierung plant eine neue Verabreichung der Kirche. Am 24. November beantragte der Deputirte Bianconi, Schwiegerohn des Ministers Mancini, zur „Reorganisation und Reorganisation des Kirchenvermögens“ ein Gesetz, und der Minister Zanardelli erklärte, er sei mit den Vorbereitungen zu dem im Artikel 18 des Garantiegesetzes vorbezeichneten Gesetz beschäftigt und halte dasselbe auch für nöthig, „als Gegenengewicht“ für einige Vorkämpfer des Kirchenvermögens. Das Garantiegesetz soll also durch die Reorganisation des Kirchenvermögens abgemindert und vielleicht wirkungslos gemacht werden, trotz des Versprechens Mancinis, dasselbe anrecht halten zu wollen. Der „Off. Rom.“ glaubt die dunklen Andeutungen des Justizministers dahin erklären zu können: Die Kirche ist zu frei, wir müssen ihre Freiheit beschneiden, indem wir ihr den Rest des Vermögens rauben, das noch in ihrem Besitze ist. Was in Italien reorganisieren heißt, zeigt die Thatfache, daß schon eine Million Kirchenvermögen von dem Staatseigenthum verschluckt worden, ohne daß dieser seit geraumer Zeit. Ja rauben sind höchstens noch die Pfarrgüter und die Güter der kirchlichen Bruderschaften und ihre Eingliederung würde nur die Gemeinden mehr belasten, das Armenbudget erhöhen und die schon so acute sociale Gefahr vergrößern.

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 3. Dec. Die milde Witterung, wie wir sie in jetziger Jahreszeit gar nicht gewohnt, wirkt auf die Mutter Erde, als wenn der Frühling im Anzuge wäre. Aus dem Garten des Herrn Norbisch wurde heute eine im Freien gewachsene Lebenspflanze mit Wurzeln und Ranken präsentiert. Gestern hatten wir Gelegenheit, im freien Felde gepflanzte Kornblumen bewundern zu können. Wie und Jhr bedeckt sich mit den ersten Blumen des Frühlings — bis ein jäher Frost wieder alles Leben erstirbt.

Neuß, 5. Dec. Der Eintritt des Vollmondes am heutigen Abend wird von einer beinahe totalen Mondfinsterniß begleitet sein, die bei uns und überhaupt auf der südlichen Halbkugel der Erde sichtbar, in Amerika dagegen unsichtbar ist. Der Mond geht um 3¹² Uhr auf, eine oder zwei Minuten später geht die Sonne unter, und nach einer kleinen Viertelstunde, nämlich 3 U. 57,9 Minuten, beginnt die nord-östliche Seite unseres Trabanten in den Erdschatten einzutreten. Man steht daher an der nach links gelegenen Seite der Mondscheibe einen dunkelrothen Flecken bilden, der allmählig an Umfang zunimmt und etwas vor 5 Uhr sich so weit ausgebreitet hat, daß nur noch der halbe Mond in ungetrübtem Lichte glänzt. Die stärkste Verfinsterniß findet

um 5 Uhr 38,8 Minuten statt; fast der ganze Mond ist um diese Zeit in den Erdschatten eingebüßt, und nur am südlichen Rande — also unten rechts — bleibt ein kleines Fiedchen, etwa ein Dreihundertstel des Durchmesser, erleuchtet. Dieses Fiedchen vergrößert sich von nun an wieder, und zwar Anfangs von rechts nach links, dann von links nach rechts hin, bis gegen 6¹² Uhr der halbe Mond, und um 7 Uhr 19,6 Minuten die ganze Mondscheibe wieder frei ist.

Da zur Zeit der stärksten Verfinsterniß, also zwischen halb sechs und sechs Uhr, der Luftkreis von den Strahlen des Mondes nicht mehr in störender Weise erhellt ist, so wird man links von dem verdunkelten Gestirn die Milchstraße deutlich wahrnehmen können. Unmittelbar rechts vom Monde findet man die Hypaden, das bekannte Sternbild in Gestalt einer liegenden lateinischen V, deren Doffnung dem Monde zugewendet ist; über den Hypaden die Plejaden, und etwas rechts von beiden die hellen Planeten Jupiter und Saturn. Geht man in gerader Richtung vom Jupiter zum Monde, und über diesen noch um ein gleiches Stück hinaus, so trifft man tief am nordöstlichen Horizont den eben aufgegangenen Planeten Mars, der seiner (am 27. December stattfindenden) Opposition nahe und daher schon ziemlich hell ist. Nach 6 Uhr stellen sich zu demselben auch die Zwillinge, mit welchen er ein gleichseitiges Dreieck bildet. — Links über dem Monde, und zwar ungefähr so weit von ihm entfernt, wie Mars und Jupiter, wird man den hellen Fixstern Capella bemerken. — Es ist interessant, das allmähliche Verschwinden der Milchstraße zu beobachten, welches sich mit dem Wiedereintritt des Mondlichtes, also zwischen 6 und 7 Uhr vollzieht. (Westf. Merk.)

SS. Württemberg, 3. Dec. Der Schreiner Johann Bischof von hier, welcher von Corinthenbroich von der Arbeit hierher zurückgekehrt war, gerieth gestern Abend gegen 8 Uhr zwischen Corinthenbroich und Kleinbroich unter einem Eisenbahnzug. Beide Beine und ein Arm wurden dem Unglücklichen abgefahren und erlag derselbe alsbald seinen Leiden. Der Verunglückte war nicht verheirathet.

Odenkirk, 30. Nov. Gestern Abend wurden die Bewohner der Häuser in der Nähe der Fabrik von Coenen & Wollers durch sechs schnell aufeinander folgende Schüsse und unmittelbar darauf erschallenden Gelflörsen erschreckt. Der 17-jährige K. hatte seit längerer Zeit Streit mit dem Knecht des Herrn Bogatz, sich auch mehrfach mit demselben geßagt. Gestern nun erwartete K. seinen Gegner mit dem Revolver, gab erst drei Schüsse ab, und als diese nicht trafen, weitere drei, durch welche der Knecht in den Oberarm und in den Rücken verwundet wurde. Eine heute Morgen in der Wohnung des K. vorgenommene Hausdurchsuchung brachte, wie die „St. Ztg.“ schreibt, vernehmlich mehrere dem Knechte des K. gehörige Sachen zum Vorschein, welche in einem Kiste verborgen waren.

Solingen, 2. Dec. In der gestern beendeten Sitzung unseres Stadtverordneten-Collegiums wurde mit 20 gegen 1 Stimme Herr Bürgermeister von Werners auf die gestrichelte Amtsdauer als Bürgermeister unserer Stadt wiedergewählt. — In der Angelegenheit der Errichtung einer Wasserleitung wurde der Antrag des Herrn Wasserwerks-Ingenieur Scheven aus Bochum, ihm die Concession zum Ausbau zu verleihen, einstimmig angenommen.

Rheinberg, 1. Dec. Der erst kürzlich wiedergewählte Bürgermeister Götsch ist infolge Entschlusses der königl. Regierung seines Amtes definitiv entsetzt worden und zwar nicht bloß für Rheinberg, sondern auch für die von ihm bis jetzt verwalteten Landgemeinden Oßenberg, Borch und Wallach. Auch sind die am 25. Nov. gethätigten Stadtrathswahlen annullirt worden; die Neuwahl wurde auf den 16. Dec. anberaumt.

Oberwesel, 29. Nov. Das Wasser des Rheines hat, wie man der „St. Ztg.“ schreibt, dormalen einen so niedrigen Stand erreicht, wie seit vielen Jahren nicht mehr, so daß oberhalb unserer Stadt im Bette des Rheines mehrfach Sandbänke zu Tage treten und deshalb die größten Schiffe einen Theil ihrer Ladung auf andere Schiffe bringen müssen, weil sie bei voller Ladung nicht weiter hinaufwärts fahren können.

Essen, 29. Nov. Ueber die Lebensfähigkeit der Thiere berichtet ein Correspondent der „St. Ztg.“ ein Beispiel, welches wohl einzig in seiner Art dasteht, und dessen absolute Wahrheit er ganz und gar verbürgt. Von Kindern aufgeschreckt, floh am 7. October d. J. ein großes schwarzes Fuchsin in den Abort eines hiesigen Schulhofes, aus dem es trotz aller sofort seitens des Vorstands angestellten Verhörungen nicht herausgeführt werden konnte, worin, wie man annahm, das Thier schon untergekommen sein mußte. Als nun am letzten Sonntag Abend, den 27. Nov., der Abort von dem dazu angestellten Manne gereinigt wurde, fand derselbe das Fuchsin noch lebend auf einem Auerwurz in einer dunklen Ecke sitzen. Nachdem es abgewaschen worden war, gab man ihm noch etwas zu trinken, während es nicht im Stande war, etwas zu fressen. Nach einer Stunde starb jedoch das arme Thier trotz der sorgfältigsten Pflege, nachdem es Tage und Nächte 7 Wochen und 3 Tage ohne Nahrung und Getränk an dem finsternen Orte gefesselt hatte.

Köln, 2. Dec. Die Untersuchung über die am vergangen Samstag hier selbst am Rhein hantigefundene Tödtung des Buchhalters Schmitz aus der Flora hat noch immer kein Licht in der ickelichen Sache geschaffen. — Ein ehemaliger Bürger unserer Stadt Herr Adolph Kastenjan hat eine Stiftung von 1 Million Mark für seine Familie gemacht mit der Bestimmung, daß beim Erlöschen des letzten Mannesstammes die Stiftung der Stadt Köln zu falle, damit aus deren Einkünften Gemälde für das städtische Museum angekauft werden. Das Comité, welches im vergangenen Jahre bei Gelegenheit der Dombaufeier den historischen Festzug in Scene setzte, hatte den ihm verbliebenen Ueberfluß, einschließlich einer Summe von 10000 M., die von dem Kunstverein für Rheinland und Westfalen in Düsseldorf zur Verfügung gestellt wurde, im Ganzen nahezu 45000 M. der Stadt unter der Bedingung zur Verfügung gestellt, daß sie durch die Düsseldorfer Künstler Prof. Kampmann, Prof. Bauer, Gebroder Höber und W. Beckmann im Gütigen ein großes Wandgemälde ausführen lasse. Das Bild soll den historischen Festzug der Nachwelt überliefern. Es ist zu 75000 M. veranschlagt, die 30000 M., welche noch fehlen, sollen von der Stadt aufgebracht werden. Für die genannten Künstler soll der Auftrag eine Dankesbezeugung sein für die uneigennütige Thätigkeit, womit sie durch Skizzen und Leitung der Ausführung das Jubiläumsgedächtnis des historischen Festzuges ermöglicht haben. — Die Stadtverordneten-Versammlung übergab in ihrer gestrigen Sitzung das Schreiben des

Cultusministers v. Gölter, worin derselbe den Wunsch ausdrückt, es möge das vielbesprochene und von Alterthumsfreunden und Kunstliebhabern vielumworbene Fahnenhor vorläufig noch erhalten bleiben, an die Stadterweiterungs-Deputation, ingleichen auch ein dem ministeriellen Schreiben beigefügtes Gutachten der Bauakademie, welches sich sehr energisch für die Erhaltung des Thores ausspricht. Herr Oberbürgermeister Beder sprach die Hoffnung aus, der Landtag werde sich zur Vereinfachung wenigstens eines Theils der erforderlichen Mittel entschließen.

Laer, 6. Burg, 29. Nov. Die „Westf. Prov.-Ztg.“ schreibt: Ein trauriges Geßicht ereilte heute den Hofbiller Hiltke aus von hier, einen 23-jährigen jungen Mann. Mit einem Freunde sich auf der Jagd befindend, mußten beide einen Graben überpringen. Bei dieser Gelegenheit entlud sich das Gewehr des Jagdgenossen des H., die Kugel traf H. und streckte ihn sofort tot nieder.

Münster, 30. Nov. Die heutige Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins war verbunden mit dem 10-jährigen Stiftungsfeste des Vereins. Die Versammlung war ungemein stark besucht, der Saal überfüllt, so daß nach dem „M. Merk.“ Freiherr v. Schorlemer-Mast mit Recht hinweisen konnte, daß in ganz Münster nicht mehr ein Local aufzutreiben sei, das groß genug für die Generalversammlungen wäre; dem Wunsch nach eigenem Vereinshause wurde vor den Versammelten Ausdruck gegeben. Der Vorsitzende wies darauf hin, wie groß die Geschäfte des Secretariats im Laufe der Zeit geworden und wie wünschenswerth es sei, daß er selbst entlastet werde, zumal er nach dem Tode des Secretairs Gichthof die Arbeit desselben übernommen habe; die Versammlung war deshalb mit der Abänderung des Statuts einverstanden, wie der Vorsitzende sie vorschlug, und wählte einen Stellvertretenden geschäftsführenden Vorsitzenden in der Person des Gutsherrn Winkelmann auf Haus Rößing. Nach dem Berichte des Vorsitzenden beträgt das Vermögen des Vereins 84.749 M., die Ausgabe 16.961 M., der Bestand also 67.788 M. Dazu treten noch 13.000 M. von bisher nicht eingezahlten Mitgliedsbeiträgen und 8—9000 M. Einnahme aus der Feuerversicherung. Es ist also zu hoffen, daß der Bestand am Ende dieses Jahres ca. 90.000 M. beträgt. Der Etat für das nächste Jahr ist provisorisch festgestellt, und zwar die Einnahme auf 33.700 M., die Ausgabe auf 22.500 M. Die Mitgliederzahl beträgt 19.073 gegen 18.175 im vorigen Jahre.

Bemerktes.

Durch die Vorsicht eines Berliner Bankhauses ist es ancheinend gelungen, einer internationalen Verbrecherbande auf die Spur zu kommen. In dem Bankgeschäft von H. u. Co. in der Leipzigerstraße wollte jüngst ein unbekannter Herr 10.000 Francs tunesische Anleihe von 1865 umlegen. Durch frühere Verluste vorsichtig gemacht, ging das Geschäft auf die sofortige Umlegung der Papiere nicht ein, erbot sich aber, dieselben nach Paris zu schicken und dort zu verkaufen. Der Verkäufer erwiderte darauf täglich, um zu fragen, ob noch keine Antwort eingetreten sei. Die Papiere waren inzwischen mit dem Bemerkten, man solle genau nachsehen, ob sie auch in Ordnung seien, nach Paris gegangen. Von dort traf nun die Antwort ein, die Papiere seien mit Beschlag belegt, weil sie aus einem Diebstahl herrührten. Kaum war diese Antwort gelesen, als auch der Verkäufer schon in das Geschäft trat, um Befehle zu holen. Was thun? Schnell entschlossen sprang einer der Angestellten zum Telephon — dasselbe stand bald in Verbindung mit dem Volkemarkt —, in kurzen Worten war die Criminalpolizei vom Sachverhalt unterrichtet und der Befehl erteilt, man solle den fremden Herrn einige Minuten kinfalten. zehn Minuten später bejauden sich im Bankgeschäft bereits mehrere Criminalbeamte, die den Verkäufer mit sich nach dem Volkemarkt nahmen. Bei einer Durchsuchung der Sachen fand man u. a. ein Schreiben aus London, worin der Empfänger aufgefordert wird, sofort dahin zu kommen, um weitere Stücke jener Anleihe gegen einen gewissen Betrag in Empfang zu nehmen. Nach London ist sofort von Seiten der Berliner Polizei telegraphirt worden, und wahrscheinlich befinden die Diebstahlschreiber sich zur Stunde hinter Schloß und Riegel. Ob der von der Polizei Sittirte mit den Dieben in Verbindung steht, ja, ob er überhaupt eines Vergehens schuldig und nicht selbst der Betrogene ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Der berühmte Schwindele Weinberg, welcher jüngst zu Mainz wegen eines großartigen Betruges in vier Jahren Gefängniß verurtheilt wurde, ist, dem „Rhein. Courier“ zufolge, nach Berlin ausgetrieben worden. Weinberg ist einer Reihe von Verbrechen in Berlin verdächtig, ebenfalls angeklagt und steht einer abermaligen Verurteilung entgegen. Nach seiner Verurtheilung in Berlin wird Weinberg nach und nach in sechs verschiedene deutsche Städte transportirt werden, um in denselben wegen Betruges und Unterschlagung abgeurtheilt zu werden. Weinberg, der bereits in den Jahren vorhergeklagt ist, wird nach alledem sein Leben wohl im Gefängniß beschließen.

Aus parlamentarischen Kreisen wird der „St. Ztg.“ geschrieben: „Dr. Karl Braun („Unser Braun“), welcher jetzt in Sagan zum Reichstagsmitgliede gewählt ist, hat bekanntlich nach einander ein halbes Duzend der verschiedenartigsten Wahlkreise im Reichstag und im Landtag vertreten. Mit Rücksicht hierauf meinte ein wipziger Abgeordneter: „Was ist das doch curios mit dem Kollegen Braun! Zuerst ließ er Braun-Wiesbaden, dann Braun-Waldenburg, Braun-Gera, jetzt Braun-Sagan an; wenn er noch endlich ein Mal Braun-Schwetzig hieße!“

Amthches.

Se. Majestät der König haben Allergnädig geruht: den seitberigen unbesetzten Beigeordneten der Stadt Kreuznach, Kaufmann und Rathgeber Johann Winkler daleich, in Folge der von der städtischen Stadtverordnetenversammlung gethätigten Wiederwahl in gleicher Eigenschaft für eine fernere sechsjährige Amtsdauer zu bestätigen.

Se. Majestät der König haben dem Vizepräsidenten zu Heiligenhaus den Rothen Adler-Orden 4. Kl. verliehen; ferner den Ober-Regierungsath H. Th. Stolzmann und den Conßtorialrath Th. Lappen zu Ob. Regierungs- und vortragenden Rath im Ministerium der geßlichen Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten, und den Geh. Regierungs- und vortragenden Rath in demselben Ministerium, Dr. W. Wehrenpennig, zum Geh. Ober-Regierungsath ernannt.

